

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 11/0124/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 21.03.2023
		Verfasser/in: Anika Adam
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.01.2023 (öffentlicher Teil)		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.06.2023	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.01.2023 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.01.2023 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

20. Januar 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.01.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Christoph Allemand Vertretung für: Herrn Jannis Pinzek

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsfrau Doris Kurschilgen

Ratsherr Lars Lübben

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer bis TOP 5

Frau Relindis Becker

Frau Rita Dautzenberg

Herr Ludger Eickholt

Frau Dr. Jana Keller

Frau Ute Nußbaum

Frau Claudia Plum ab TOP 6 Vertretung für: Ratsrau Dr. Margrethe Schmeer

Abwesende:

Herr Jannis Pinzek entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann	GPR
Frau Jennifer Buchem	Dez. V
Herr Norbert Dödtmann	FB 11
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Frau Svenja Hompesch	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Herr Helmut Lennartz	FB 11
Herr Markus Lennartz	Dez. V
Frau Katja Oldenburg	FB 11
Herr Wolfgang Pauels	Dez. I
Frau Linda Plesch	FB 13
Frau Christina Rehann	FB 11
Frau Bianca Schröder	FB 20
Frau Melanie Spiegelberg	FB 11
Herr Karlheinz Welters	GPR
Herr Wolfgang Zimmermann	FB 11

als Gast:

Frau Anika Adam	FB 11
Herr Stefan Braunleder	FB 11
Herr Wilhelm Helg	FDP
Frau Christiane Michulitz	GRÜNE
Frau Claudia Wellen-Spix	FB 01

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.11.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0111/WP18

- 3 Haushaltsplanberatungen 2023**
Vorlage: FB 11/0113/WP18

- 4 Stellenplan 2023 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 (2. Lesung)**
Vorlage: FB 11/0114/WP18

- 5 Digitale Strategie für die Stadt Aachen**
Vorlage: Dez. I/0006/WP18-1

- 6 Bildung des Fachbereichs Digitale Verwaltung und IT-Steuerung (FB 15)**
Vorlage: FB 11/0105/WP18

- 7 Förderung des Betriebssports bei der Stadt Aachen**
Ratsantrag (Nr. 291/18) der Fraktionen GRÜNE, DIE Zukunft und DIE LINKE vom 07.09.2022
Vorlage: FB 11/0116/WP18

- 8 Anonyme Mitarbeitendenbefragung zu Zufriedenheit und Arbeitsbelastung**
Ratsantrag (Nr. 286/18) der Fraktion DIE Zukunft vom 24.08.2022
Vorlage: FB 11/0115/WP18

- 9 Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses und wünscht allen Anwesenden im Rahmen der Begrüßung ein frohes neues Jahr. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.11.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0111/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 2 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.11.2022 (öffentlicher Teil).

zu 3 Haushaltsplanberatungen 2023

Vorlage: FB 11/0113/WP18

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) weist die Mitglieder des Ausschusses vorab auf die gemeinsame Tischvorlage der Fraktionen SPD und DIE GRÜNEN sowie die Tischvorlage der Fraktion DIE LINKE hin.

Herr Eickholt (GRÜNE) merkt an, dass die gemeinsame Tischvorlage der Fraktionen DIE GRÜNEN und SPD sowohl Änderungsanträge zu Mittelbereitstellungen als auch zu Stelleneinrichtungen beinhalte. Wie in der Vergangenheit solle auch in diesem Jahr eine gemeinsame Beratung im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes stattfinden:

Stelleneinrichtungsantrag (1): Aufstockung der Schulsozialarbeit um 6,5 Stellen

Ausweislich seiner Erinnerung, hier sei er sich jedoch nicht ganz sicher, habe die ursprüngliche Verwaltungsvorlage nur die Einrichtung von 1,5 Stellen vorgesehen. Die Einrichtung von 1,5 Stellen sei jedoch etwas zu wenig und aus diesem Grund erfolge der Antrag zur Aufstockung.

Stelleneinrichtungsantrag (2): Einrichtung von 1,0 Stelle zur Baulückenaktivierung

Antrag zur Mittelbereitstellung (1): Fortführung der energetischen Sanierung von städtischen Nichtwohngebäuden im Rahmen des IKSK

Veränderung 2023	Veränderung 2024	Veränderung 2025	Veränderung 2026
250.000 €			

Ursprünglich habe man für die Fortführung der energetischen Sanierung von städtischen Nichtwohngebäuden im Rahmen der IKSK nicht von 250.000 €, sondern von 5.5 Mio. € und dann von 2.5 Mio € gesprochen. Um jedoch die 5 %-Grenze des Eigenkapitalverzehrs nicht zu gefährden, beabsichtige man in Rücksprache mit der Kämmerin, diese Maßnahmen nicht einzustellen, sondern aus der Haushaltsrücklage zu entnehmen.

Antrag zur Mittelbereitstellung (2): Welthaus energetische Sanierung in 2 Bauabschnitten:

Planungskosten _neues Produkt

Veränderung 2023	Veränderung 2024	Veränderung 2025	Veränderung 2026
94.000 €			

Antrag zur Mittelbereitstellung (3): Welthaus energetische Sanierung in 2 Bauabschnitten: **Umsetzung**, Beträge in § 13-Liste vorsehen

Veränderung 2023	Veränderung 2024	Veränderung 2025	Veränderung 2026
	Aufnahme von 126.000 € in § 13-Liste	Aufnahme von 250.000 € in § 13-Liste	

Zwischenzeitlich lägen die von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Gutachten, auf welche man gewartet habe, zur Sanierungsmöglichkeit vor. Aus diesem Grund beantrage man jetzt zunächst die Bereitstellung der Planungsmittel, um dann in den nächsten Jahren die Mittel zur Sanierung aufstellen zu können.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schlägt an dieser Stelle die Fortführung der gemeinsamen Beratung der Änderungsanträge im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes vor. Die abschließende Abstimmung über die Änderungsanträge werde jedoch thematisch getrennt im Rahmen der Tagesordnungspunkte „Haushaltsplanberatungen 2023“ und „Stellenplan 2023 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 (2. Lesung)“ erfolgen.

Ratsfrau Begolli (LINKE) führt erläuternd aus, dass sie sich eigentlich zu den Änderungsanträgen zum Stellenplan 2023 erst im Rahmen des Tagesordnungspunktes 4 „Stellenplan 2023 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 (2. Lesung)“ hätte äußern wollen. Sie könne sich jedoch dem Verfahren der Mehrheitskoalition anschließen und zu beiden Themenfeldern berichten:

Antrag zur Mittelbereitstellung (4): Energetische Sanierung Welthaus

Veränderung 2023	Veränderung 2024
+200.000 €	+200.000 €

Das Welthaus, ein denkmalgeschütztes Gebäude, beheize zurzeit die Schanz. Es sei daher sehr nötig, dass die Stadt städtische und vor allem denkmalgeschützte Gebäude instand setze. Darüber hinaus sei es nicht nur wichtig, die energetische Sanierung voranzutreiben, sondern auch perspektivisch dafür Sorge zu tragen, dass die Barrierefreiheit im Welthaus sichergestellt werde. Der einzige größere nutzbare Raum befinde sich im Obergeschoss ohne Zugang für mobilitätseingeschränkte Menschen. Aus vorgenannten Gründen beantrage ihre Fraktion für die kommenden 2 Jahre eine Mittelbereitstellung in Höhe von +200.000 €.

Stelleneinrichtungsantrag (3): Einrichtung von 0,5 Stelle für Flächensuche im Fachbereich
Immobilienmanagement (FB 23)

Man könne denken, dass sich dieser Stelleneinrichtungsantrag mit dem Stelleneinrichtungsantrag zur Baulückenaktivierung der Fraktionen SPD und DIE GRÜNEN in etwa überschneide. Es gehe jedoch in dem Antrag ihrer Fraktion nicht nur um die Baulückenaktivierung, sondern um die Umsetzung des Ziels, der Identifizierung und Nutzbarmachung von Potentialflächen, welches im Handlungskonzept „Wohnen“ beschrieben sei. Die Einrichtung von 0,5 Stelle sei daher unterstützend für den Fachbereich wichtig.

Stelleneinrichtungsantrag (4): Einrichtung von 8,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder
Jugend und Schule (FB 45)

Zudem werde, wie bereits in der Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses am 06.12.2022, seitens ihrer Fraktion die Einrichtung von 8,0 Stellen für Schulsozialarbeit beantragt. Der identifizierte Bedarf sei richtigerweise 6,5 Stellen, jedoch liege unter anderem noch für das Rhein-Maas-Gymnasium eine Bedarfsanmeldung von 1,5 Stellen vor. Die entsprechende Prüfung solle im Frühjahr abgeschlossen werden und im Vorgriff darauf stelle man den Antrag zur Einrichtung von 8,0 Stellen für Schulsozialarbeit.

Ratsherr Allemann (ZUKUNFT) betont, dass er die Ausführungen seiner Vorrednerin, Ratsfrau Begolli, bezugnehmend auf die Planungs- und Sanierungskosten des Welthauses nur unterstützen könne; ein wichtiger Hotspot der Aachener Stadtgesellschaft. Seines Kenntnisstandes sei seit ca. 28 Jahren für dieses Gebäude nicht mehr genügend getan worden und daher eine Sanierung dringend notwendig und wichtig. Zudem begrüße seine Fraktion die Aufstockung der Schulsozialarbeit um 6,5 Stellen sehr und erachte sie an dieser Stelle als einen wichtigen Punkt zur Unterstützung der Lehrer*innen und Schüler*innen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) unterstreicht, dass sie sich der beabsichtigten Vorgehensweise, die Änderungsanträge im Rahmen des entsprechenden Tagesordnungspunktes getrennt abstimmen zu lassen, nur anschließen könne. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendausschusses hätten sich weitestgehend darauf verständigt, eine Stelleneinrichtung zur Aufstockung für Schulsozialarbeit in dem Maße, in welchem er auch angemeldet worden sei, mit aufzunehmen. Die Stelleneinrichtung zur Baulückenaktivierung erschließe sich der CDU-Fraktion an dieser Stelle nicht und daher werde man auch bei der späteren Abstimmung nicht mitgehen. Was die Fortführung der energetischen Angelegenheiten betreffe, insbesondere was die Planungsfrist und die vermeintlich vorliegenden Gutachten angehe, wisse

man natürlich nichts und daher falle es auch an dieser Stelle schwer ad hoc zu entscheiden, sodass ihre Fraktion auch an dieser Stelle sicherlich nicht mitstimmen könne. Zudem könnten weitere darüberhinausgehende Einrichtungen, wie von der Fraktion DIE LINKE gewünscht, nicht mitgetragen werden.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) legt dar, dass sie noch einmal auf die Schulsozialarbeiter*innenstellen eingehen möchte. Sowohl im Schulausschuss als auch im Kinder- und Jugendausschuss habe man den Bedarf, welcher im letzten Jahr angefallen sei, geprüft und entsprechend die im Stellenplan vorgesehenen 1,5 Stellen aus diesem Grund auf 6,5 Stellen aufgestockt, weil genau dieser Bedarf von den Schulen angemeldet worden sei. Sie plädiere daher stark dafür, auch wenn es nie genug Schulsozialarbeit gebe, sich hier dem Beschluss der Fachausschüsse anzuschließen.

Ratsfrau Parting (SPD) legt dar, dass der Hauptgrund, weshalb ihre Fraktion in den letzten Jahren immer gegen eine Mittelbereitstellung zur energetischen Sanierung des Welthauses gestimmt habe, eine fehlende Untersuchung durch das Gebäudemanagement und damit einhergehend ein Informationsdefizit gewesen sei. Es habe immer die Aussage des Gebäudemanagements im Raum gestanden, dass eine Untersuchung aktuell nicht möglich sei. Nunmehr gebe es jedoch vom Gebäudemanagement die Rückmeldung, dass jetzt die Möglichkeit einer Untersuchung bestehe und daraus resultierten auch die Summen, welche zum einen die Planung und zum anderen auch die Umsetzung in den Folgejahren beinhalteten. Daher könne ihre Fraktion dem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt so folgen.

Ratsfrau Moselage (FDP) plädiere auch sehr dafür, den Stelleneinrichtungsantrag zur Aufstockung der Schulsozialarbeit, anlehnend an die Beschlussfassung im Fachausschuss, zu beschließen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) leitet, nachdem keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden und einem kurzen Austausch zur weiteren Verfahrensweise, das Abstimmungsverfahren ein:

Antrag zur Mittelbereitstellung (4):

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Antrag zur Mittelbereitstellung (4) bei 1 Zustimmung ab.

Anträge zur Mittelbereitstellung (1-3):

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt die Anträge zur Mittelbereitstellung (1-3) mit 11 Zustimmungen bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss mit 16 Zustimmungen bei 1 Gegenstimme.

Beschluss:

Ausschuss	Gegenstand der Beratung
Personal- und Verwaltungsausschuss	Produkt 010401, 010402, 010603, 010604, 010801 bis 010807, 011001 bis 011003, 011101, 011901 bis 011906, 020101, 020201, 020702, 021001, 021101 und 021401 sowie die zentral von FB 11 veranschlagten Personal- und Versorgungsaufwendungen

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Teilergebnispläne bzw. die Teilfinanzpläne sowie die Produktblätter der oben genannten Produkte und die von FB 11 zentral veranschlagten Aufwendungen bzw. Auszahlungen für Personal und Versorgung entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2023 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung und zudem die in der Veränderungsnachweisung aufgeführten Produktsachkonten und Produktblätter für den Haushalt 2023 zuzüglich der vorweg aufgeführten ergänzenden Veränderungen zu beschließen.

zu 4 Stellenplan 2023 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 (2. Lesung)**Vorlage: FB 11/0114/WP18**

Herr Dr. Kremer (Dez. V) stellt den Mitgliedern des Ausschusses die Inhalte der Vorlage im Rahmen einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt wird, vor. Er betrachtet nochmals rückblickend den Entstehungs- bzw. Verfahrensverlauf des Stellenplans 2023 und erläutert die weiteren Veränderungen zum Stellenplanentwurf 2023, welche den Mitgliedern des Ausschusses in der heutigen Sitzung in Form einer 2. Lesung zum Stellenplan 2023 und zur Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen vorliegen.

Am Ende seines Vortrages merkt Herr Dr. Kremer noch an, dass eine solche Zahl von Stellenneugründungen auch erhebliche Auswirkungen auf die Raumsituation, die IT-Ausstattung, das Onboarding etc. habe und der Verwaltungsvorstand sich derzeit kritisch mit den Chancen und Risiken einer zunehmend dynamisch wachsenden Verwaltung auseinandersetze. Zudem weist er darauf hin, dass im Rahmen der Fachausschussberatungen der Personal- und Verwaltungsausschuss aus dem Kinder- und Jugendausschuss die Empfehlung zur Einrichtung von 6,5 Stellen für Schulsozialarbeit erhalten habe. Zu dieser Empfehlung gebe es gegebenenfalls missverständliche Hintergrundinformationen, welche einer Klarstellung bedürften. Im Jahr 2023 sei seitens der Verwaltung keine einzige Stelleneinrichtung für Schulsozialarbeit vorgesehen. Die einzige vorhandene und zuletzt neu eingerichtete Stelle für eine*n Schulsozialarbeiter*in sei im Stellenplan 2022 eingerichtet worden und diese Stelle habe man gerade erst zum 01.01.2023 besetzen können. Resümierend habe die Verwaltung die im Vorfeld getätigten Äußerungen so verstanden, dass diese Stelle in den 6,5 Stellen inkludiert sei und sich somit die Empfehlung zur Einrichtung von 6,5 Stellen auf 5,5 Stellen reduziere. Die abschließende politische Interpretation der vorliegenden Beschlussempfehlung überlasse er jedoch selbstverständlich den Mitgliedern des Ausschusses.

Abschließend spreche er allen Kolleginnen und Kollegen und den Beteiligungsgremien, welche auch in diesem Jahr wieder einen großen Teil der Arbeit zur Ermöglichung der Stellenplanverabschiedung 2023 geleistet hätten, seinen Dank aus.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) spricht Herrn Dr. Kremer im Anschluss an die Präsentation ihren Dank aus.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) merkt an, dass in der Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses davon ausgegangen worden sei, dass die Verwaltung tatsächlich die Einrichtung von 1,5 Stellen für Schulsozialarbeit für den Stellenplan 2023 vorgesehen habe. Wenn dem nicht so sei, sei man grundsätzlich davon ausgegangen, dass es einen von den Schulen gemeldeten Bedarf zur Einrichtung von 6,5 Stellen gebe, welcher auch entsprechend im Kinder- und Jugendausschuss anerkannt worden wäre. Sie bitte dies an dieser Stelle abzugleichen, denn ansonsten handele es sich tatsächlich um ein Missverständnis. Man habe sich nicht auf die besetzten Stellen bezogen, sondern es gebe einen zusätzlichen Bedarf von 6,5 Stellen. Sie bitte dies entsprechend zu notieren.

Frau Oldenburg (FB 11/510) führt erläuternd aus, dass es sich genauso, wie von Herrn Dr. Kremer eingangs beschrieben, darstelle. Auch in einem im Vorfeld zur heutigen Sitzung geführten Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule (FB 45), welche ja auch in der Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vertreten gewesen seien, habe sich der Sachverhalt nicht gänzlich klären lassen. Sie könne jedoch mit Sicherheit sagen, dass im Stellenplan 2023 keine Stelle für die Schulsozialarbeit enthalten sei. Jedoch habe man zum Stellenplan 2022 in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 03.02.2022 ebenfalls im Rahmen der 2. Lesung, basierend auf einem Antrag des Kinder- und Jugendausschusses, 1,0 Stelle für eine*n Schulsozialarbeiter*in eingerichtet und dies sei die Stelle, welche de facto jetzt zum 01.01.2023 besetzt worden sei. Grundsätzlich gehe auch der Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45) davon aus, dass es bei der Einrichtung von 6,5 Stellen für Schulsozialarbeit bleibe.

Ratsherr Palm (AFD) spricht Herrn Dr. Kremer seinen Dank für den Vortrag aus. Schon seit Jahren bemängle die AFD-Fraktion die Personalaufblähung, welche man sich eigentlich nicht leisten könne und nun sei die Rede von faktisch 276 neuen Stellen. Dieser Stellenplanentwicklung könne seine Fraktion nicht zustimmen. Jedoch stehe man 100%ig hinter dem Bereich Sicherheit und Ordnung. Auch der Bereich Soziales könne noch gestützt werden und selbstverständlich auch die temporäre Flüchtlingshilfe; dies auch aus den Gründen, dass hier eine Refinanzierung stattfinde. Man müsse sich im Klaren darüber sein, dass man mit dieser Entscheidung für 2023 auch die Nachfolgejahre einbeziehen müsse und hierin sehe er ein großes Problem. Entsprechendes gelte auch für die Lohnerhöhungen, welche haushalterisch mit 1 % angegeben seien. Auch mit Blick auf die Jahre 2024 und 2025 müsse weitergedacht werden und man könne nicht nur dieses Jahr in den Blickwinkel nehmen; 1 % an Lohnerhöhung sei vollkommen unrealistisch. Er selbst gehe bereits jetzt schon bei den gerade laufenden Abschlüssen im öffentlichen Dienst von einer Erhöhung von 6,5 % bis 7 % aus. Dies bedeute auch, dass man im nächsten Jahr nicht wie im Haushalt berechnet von 1 % ausgehen könne und somit müssten ganz andere Zahlen zugrunde gelegt werden. Auch die beispielhaft erwähnten 3 % seien nicht zielführend. Wenn man sich der Aufgabe

bewusst sei und der Bürgerschaft gerecht werden wolle, müsse der Plan anders aufgestellt werden und aus diesem Grund werde er im Namen seiner Fraktion dagegen stimmen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) richtet ihren Dank an alle Mitarbeitenden der Verwaltung und natürlich schließe sie die Mitarbeitenden des Fachbereichs Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie (FB 11) mit ein, welche im letzten Jahr trotz der hohen Belastungen so viel auf die Beine gestellt und entsprechend auch erledigt hätten. An dieser Stelle bedanke sie sich für dieses großartige Engagement aller Mitarbeitenden. Bezugnehmend auf das Thema „Integration von neuen Mitarbeitenden“ stelle auch dies, unter Berücksichtigung dieser Besetzungsquote, eine zusätzliche Leistung dar, welche erbracht werden müsse. Für alle Fraktionen sichtbar, habe es so viele Stellenbesetzungsverfahren wie noch nie gegeben. Vor diesem Hintergrund müsse genau hingeschaut werden, wie viele Besetzungsverfahren man einer Verwaltung noch weiter zumuten könne. Die Anzahl der Stelleneinrichtungen sei im Vergleich zum Vorjahr mehr als doppelt so hoch. Sie könne sich noch sehr genau an das im letzten Jahr Gesagte erinnern: man realisiere noch einmal einen deutlichen Aufwuchs und müsse sich dann auch entsprechend im nächsten Jahr ein Stück weit zurücknehmen. Wenn nun auch die Mitarbeitenden selber schon mitteilten, dass man ein bisschen auf die Bremse treten müsse, stelle sie sich die Fragen, wie man nun ca. 267 Stelleneinrichtungsverfahren bewältigen solle und wie man dies den Mitarbeitenden noch zumuten wolle. Für jeden eingestellten Mitarbeitenden müsse auch eine zusätzliche Verantwortung übernommen werden. Sie sei davon überzeugt, dass sich jeder Fachbereich bei der Anmeldung unglaublich viele Gedanken gemacht habe. Jedoch fehle ihr ein Stück weit eine Aufgabenkritik und die Überprüfung, welche der bereits eingerichteten Stellen überhaupt noch notwendig seien. Aus welchem Grund schaffe man es nicht, erst einmal die Stellen, die tatsächlich noch unbesetzt seien, zu besetzen. Neben dem sei auch der finanzielle Aspekt ein wichtiges Themenfeld. Bei der abzusehenden Entwicklung der Tarifabstimmungen könne man schnell von einem Betrag in Höhe von 12 Mio. € bis 15 Mio. € sprechen und daher müsse man auch die Folgejahre im Blick haben. Darüber hinaus sei ihr nicht klar, wie man den hiesigen 450 Führungskräften zumuten wolle, so viele neue Mitarbeitende dauerhaft in ihre Teams zu integrieren. Zudem entstehe der Wechsel ja nicht nur durch Neueinstellungen, sondern auch durch den Weggang von Mitarbeitenden. Sie sei oft der Auffassung, dies sei eher nicht eine Frage der Qualität oder Quantität, sondern eine Frage des Strukturwandels und diese Struktur müsse angegangen werden. Vor diesem Hintergrund habe man sich viele Gedanken gemacht und nach Abwägung aller Risiken könne ihre Fraktion diesem Stellenplan nicht zustimmen und müsste ihn eigentlich ablehnen. Jedoch wisse man auch, dass der Stellenplan Stelleneinrichtungen enthalte, welche berechtigt und wichtig seien. Aus diesem Grund gehe die CDU-Fraktion die Brücke und in diesem Jahr werde man weder zustimmen noch ablehnen, sondern sich enthalten. Abschließend sage sie an dieser Stelle ganz deutlich und bitte dies auch an die Fachbereiche weiterzutragen, dass wenn man über den Stellenplan im nächsten Jahr spreche, ihre Fraktion wissen möchte, wie sei tatsächlich die strukturelle Veränderung, warum sei diese Stelle nötig, welche andere könne dafür eingespart werden und welches Projekt werde fortgeführt und welches nicht. Die Aussage über freiwillige, teilweise freiwillige und pflichtige Aufgaben finde sie sehr schwer. Sie glaube, dass bei den 242 Stelleneinrichtungen, die pflichtig seien, tatsächlich nicht alle Stelleneinrichtungen wirklich pflichtig, sondern nur teilweise pflichtig seien. Hier benötige man eine genauere Darstellung, um die man auch bereits im Rahmen ihrer fraktionellen Runde gebeten habe. Mit Blick auf das Jahr 2024 könne man so nicht weitermachen und

jedes Jahr so viele hunderte Mitarbeitende einstellen. Daher enthalte sich ihre Fraktion in der heutigen Sitzung.

Ratsfrau Begolli (LINKE) äußert sich irritiert darüber, dass sich die Diskussion bisher so anhöre, als seien die Stellen, welche im Stellenplan jetzt neu eingerichtet würden, zum größten Teil Luxus. Auch die freiwilligen Aufgaben seien gar nicht so freiwillig. Letztendlich müsse man sich im Klaren darüber sein, dass die Anforderungen an die Mitarbeitenden der Verwaltung zur Sicherstellung der Daseinsfürsorge für die Bürger*innen und Bürger und in vielen Bereichen, auch zur Sicherung des sozialen Friedens der Stadt, eine Herausforderung darstellten, welche mit Stellen hinterlegt werden müssten. Sie habe in diesem Stellenplan keine einzige Stelle gefunden, die nicht entweder einer Organisationsuntersuchung entsprungen oder auf einen politischen Beschluss zurückzuführen sei. Dass die Verwaltung die jährliche Fortschreibung der Personal- und Versorgungsaufwendungen mit 1 % berechne bevor abschließend die Tarifabschlüsse vorlägen, sei, wie allen hinlänglich bekannt, nur eine rechnerische Größe, die man jedes Jahr im Haushaltsplan vorfinde. An dieser Stelle müsse auch ganz klar gesagt werden, dass es hoffentlich nicht nur eine Erhöhung von 1 % werde, da letztendlich eine Tarifsteigerung mindestens den Inflationsausgleich sicherstellen müsse. Ihre Fraktion werde dem Stellenplan 2023 uneingeschränkt zustimmen, da jede einzelne Stelle zur bestmöglichen Aufgabenerfüllung im Sinne der Bürger*innen wichtig sei. Abschließend danke sie auch im Namen ihrer Fraktion allen Mitarbeitenden, die diese Aufgaben, die schon zum Teil dazugekommen seien, bisher mit wesentlich weniger Personal erfüllt hätten.

Ratsfrau Moselage (FDP) spricht den Mitarbeitenden ebenfalls, gerade auch was den Stellenplan angehe, ihren Dank aus. Der Stellenplan werde von den Mitarbeitenden immer so perfekt aufbereitet. Dies sei nicht selbstverständlich und es werde jedes Jahr noch besser. An dieser Stelle möchte sie kein Wasser in den Wein schenken, jedoch sei der diesjährige Stellenplan schon „hartes Brot“. Sie könne sich noch gut an die mahnenden Worte von Herrn Dr. Kremer im letzten Jahr erinnern, dass da auch schon ein gewisser Konsolidierungsgedanke im Raum gestanden habe. Die 267 Stelleneinrichtungen stellten eine Herausforderung dar. Vor allem auch wenn man sehe, dass für diese 267 neuen Stellen entsprechende Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt, Kolleg*innen integriert und eingearbeitet werden müssten. Auch aus der Bürgerschaft erhalte man immer wieder die Nachfrage, weshalb die Verwaltung so viele neue Stellen brauche. Ein Erklärungsversuch ihrerseits bestehe darin, dass es sich um eine Trias aus Aufgabenmehrungen, gesetzlichen Aufgaben und unterschiedlichen Ansprüchen aus dem politischen Raum handle. Es sei jedoch immer auch Konsens gewesen, dass man die Belastung der Mitarbeitenden durch die neuen Stellen abbauen wollte. Dies sei ihrer aller Kernanliegen, da man ja auch sehe, wie viele Mitarbeitende gerade im Bereich der pflichtigen Aufgaben an der Belastungsgrenze angelangt seien. An dieser Stelle müsse man sehen, ob man mit diesen neuen Stellen auch gezielt Entlastungen schaffe. Auch stelle sich die Frage, ob neue Stellen alleine das Allheilmittel seien, um auch eine Stadt zukunftsfest zu machen und die Mitarbeitenden zu entlasten. Sie bitte daher darum, dass zeitnah noch einmal im Rahmen einer organisatorisch belastbaren Analyse hinterfragt werde, ob Stelleneinrichtungen auch da wirken, wo man sie für wichtig gehalten habe. Neben dem müsse konstatiert werden, dass man einen ungedeckten Mittelbedarf in Höhe von 11 Mio. € im PKV habe; dies sei nicht trivial. Aus diesem Grund müsse man die Strategie und die damit verbundenen Ziele nochmal

neu sorgsam definieren und auch die Prioritäten zur Behandlung von neuen Stellen, um entsprechend auch die Handlungsfähigkeit erhalten zu können. Bezüglich der Stellenbewertungen habe sie ein Grundvertrauen in die Verwaltungseinheiten. Im Hinblick auf die vor ihnen liegenden Aufgaben wünsche sie sich jedoch bei manchen politischen Kolleg*innen, auch mehrheitlich erkennbar, einen größeren Konsolidierungskurs bzw. -willen. Zunächst müsse sich auf die Pflichtaufgaben konzentriert werden, um gerade auch in diesen Bereichen die Mitarbeitenden zu entlasten. Sie glaube, dass man die Stadt nur zukunftsorientiert aufstellen könne, wenn man noch einmal genau eruiere und analysieren würde, wo man die Stellen noch zielgerichteter einrichten könne. Aus den vorgenannten Gründen werde sie sich im Rahmen der Beschlussfassung heute enthalten und sie hoffe, dass sie dann im nächsten Jahr dem Stellenplan von Herzen zustimmen könne.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) unterstreicht, dass ihre Fraktion dem Stellenplan 2023 zustimmen werde. Sie gehe grundsätzlich davon aus, dass der Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie (FB 11) die Stelleneinrichtungsanträge genau prüfe und intern entsprechend auch Aufgabenkritik ausübe. Wenn man sich die detaillierte Darstellung anschauen würde, welche Stellen wegfielen, welche Stellen aus welchen Gründen benötigt würden, dann finde sie an dieser Stelle den Hinweis auf Aufgabenkritik als Grund zur Ablehnung etwas fadenscheinig und oberflächlich. Alle Stelleneinrichtungen könnten auf eine eindeutige Forderung, auch politischerseits, zurückgeführt werden und seien auch notwendig. Auch die von Ratsfrau Eschweiler vorgeschlagene Reihenfolge, dass man zuerst die unbesetzten Stellen besetzen müsse und erst dann könne man weiterschauen, halte sie für sehr merkwürdig. Es habe ja einen Grund, weshalb die Stellen wieder und wieder ausgeschrieben würden. Sie glaube, dass es für den Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie (FB 11) gerade eine Mammutaufgabe sei, die Stellen tatsächlich in so vielen Bereichen parallel auszuschreiben. In eine Stellenabwägung solle man nicht gehen. Sie setze darauf, dass die Teamleitungen sehr genau wüssten, welche Mitarbeitenden sie bräuchten und dies kein „Wunschwerk“ sei. Abschließend teile sie die beschriebene Auffassung von Herrn Dr. Kremer, dass man diesen Stellenaufwuchs jetzt in diesem Jahr so stemmen und dann weiterschauen müsse; dies gehe natürlich nicht jedes Jahr. Sie hoffe selbstverständlich, dass dies auch in der Form nicht immer so weitergehen müsse; jedoch könnten auch zukünftig immer wieder Krisen eintreten. Ihre Fraktion werde dem Stellenplan 2023, so wie er jetzt aufgestellt sei, zustimmen.

Ratsfrau Parting (SPD) betont, dass sie natürlich den sorgenvollen Blick auf den Stellenplan teile, da es in der Tat eine enorme Stellenanzahl sei, welche da eingerichtet werde. Sie teile jedoch nicht den kritischen bzw. fast schon misstrauischen Blick in Richtung Verwaltung, dass da nicht jede Stelle mit einer ordentlichen Aufgabenkritik und einer ordentlichen Stellenbeschreibung hinterlegt sei. Vor ca. 2 oder 3 Jahren sei durch Herrn Dr. Kremer eine Stellenplanbereinigung durchgeführt worden und im Rahmen dieser habe die Politik an ganz vielen Stellen eine ordentliche Arbeit abgeliefert bekommen. Aus diesem Grund könne sie nicht teilen, dass pauschal gesagt werde, dass diese Stelleneinrichtungen zu viel seien und man daher nicht mitgehen könne. Es gebe sehr viele unstrittige Bereiche (beispielsweise KiTa, Feuerwehr, OSD, Wohngeld usw.) und daher bleibe nicht mehr so viel übrig. Aus diesem Grund würde sie es, wenn man den Stellenplan 2023 nicht mittragen könne, begrüßen, dass dann aber auch konkret die Stellen, auf welchen ein kritischer Blick liege, benannt würden. Vielleicht könne man dann

auch noch einmal darauf schauen; sie sehe diese Stellen jedoch gerade nicht. Was werde jedoch passieren, wenn alle so handeln würden und sich auch enthielten, dann gebe es keinen Stellenplan 2023 und entsprechend würde dann keine einzige Stelle eingerichtet werden. Dies bitte sie kritisch zu überdenken.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) führt aus, dass in der heutigen Sitzung oft die Aussage gefallen sei, dass es besondere Herausforderungen und Krisen gebe. Jedoch habe es auch Krisen in 2015 gegeben und in diesem Jahr seien keine 300 neue Mitarbeitende eingestellt worden. Krisen habe es auch in anderen Bereichen gegeben und auch dort seien keine 300 neue Mitarbeitende eingestellt worden. Wie bereits mehrfach gesagt worden sei, habe man auch in den letzten Jahren allein 1000 neue Mitarbeitende eingestellt. Zudem habe man es geschafft, die Stellen, die durch den demografischen Wandel weggefallen seien, wieder zu besetzen. Es gebe genügend Menschen auf diesen Stellen und daher gehe es eher darum zu sagen, welche Aufgabe wichtig sei. Bei der Aufgabenkritik gehe es nicht um die Aufgabenkritik an dem einzelnen Mitarbeitenden, sondern um die gemeinsame politische Überlegung, welchen Aufgaben man in erster Linie einen Fortgang gewähren möchte. Sie habe keinen Zweifel daran, dass jede*r Mitarbeitende ihre*seine Aufgabe gut erfülle und dies lasse sie sich auch weder von Ratsfrau Griepentrog noch von Ratsfrau Parting unterstellen. Ihrer Fraktion müsse zugestanden werden sich bei einem Stellenplan, wenn so viele Bauchschmerzen bestünden, zu enthalten. Letztendlich müsse man sagen was es kostet und entsprechend auch die Deckungslücke offenlegen. Hier spreche man nicht nur über einen zusätzlichen Betrag in Höhe von ca. 11 Mio € für dieses Jahr, sondern auch über einen zusätzlichen Betrag in Höhe von ca. 22 Mio € für das nächste Jahr.

Ratsfrau Begolli (LINKE) erläutert, dass wenn man sich die Stelleneinrichtungen der letzten Jahre anschau, sei dies dem Grunde nach das Aufholen nach der Wiederbesetzungssperre gewesen, wo ganz dringend in vielen Bereichen wieder Personal hätte eingestellt werden müssen. Bezüglich der 6,5 Stellen für Schulsozialarbeit müsse eigentlich das Land auskömmlich für alle Schulen Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen, da das Land für die Schulpolitik verantwortlich sei. Vielleicht schau man sich auch noch einmal im Rahmen der Präsentation die Tortengrafik an, um zu sehen, in welchen Bereichen denn überhaupt Stellen eingerichtet worden seien. Bisher seien sich die Mitglieder des Ausschusses doch einig über die Bereiche Soziales, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Flüchtlingshilfe, Digitalisierung, Bildung und Bauen/Wohnen/Lebensraum gewesen und hier denke sie, dass kein Thema in dieser Stadt so drängend sei, wie die Schaffung von preiswertem Wohnraum. Sie stelle sich daher die Frage, was bleibe denn am Ende noch übrig und über welchen Stellenanteil rede man dann eigentlich noch? Es verblieben für Mobilität/Klimaschutz 12,5 Stellen und für die Allgemeine Verwaltung 35,5 Stellen. In der Erklärung des Stellenplans, welcher sich extrem in der Lesbarkeit verbessert habe, gebe es zu jeder einzelnen Stelle eine Beschreibung, für welchen Aufgabenbereich Stellen geschaffen würden und wozu diese nötig seien und nun rede man tatsächlich darüber, dass die Stellen in den Bereichen Mobilität/Klimaschutz und Allgemeine Verwaltung nicht nötig seien, wo man sich bei allen anderen Bereichen einig sei. Dann bitte sie an dieser Stelle darum, diese Stellen auch klar zu benennen; sie sehe die Begründung nicht. Sie habe sich jahrelang bei der Beschlussfassung des Stellenplans enthalten, da sie der Meinung gewesen sei, dass aufgrund der Wiederbesetzungssperre kein bedarfsgerechter Stellenplan zustande kommen könne. Jedoch könne sie diesem Stellenplan nun guten Gewissens zustimmen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) leitet, nachdem keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, das Abstimmungsverfahren ein:

Stelleneinrichtungsantrag (4): Einrichtung von 8,0 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45)

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Stelleneinrichtungsantrag (4) bei 1 Zustimmung ab.

Stelleneinrichtungsantrag (1): Aufstockung der Schulsozialarbeit um 6,5 Stellen

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Stelleneinrichtungsantrag (1) mit 16 Zustimmungen bei 1 Gegenstimme.

Stelleneinrichtungsantrag (2): Einrichtung von 1,0 Stelle zur Baulückenaktivierung

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Stelleneinrichtungsantrag (2) mit 11 Zustimmungen bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Stelleneinrichtungsantrag (3): Einrichtung von 0,5 Stelle für Flächensuche im Fachbereich Immobilienmanagement (FB 23)

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Stelleneinrichtungsantrag (3) bei 1 Zustimmung ab.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss mit 11 Zustimmungen bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss vorbehaltlich weiterer Beschlüsse dem Rat der Stadt, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 auf der Grundlage der dezernats- und fachbereichsbezogenen Darstellung der Veränderungen zum Stellenplanentwurf 2023 mit folgenden Ergänzungen zu beschließen:

Einrichtung von 6,5 Stellen für Schulsozialarbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Schule (FB 45)

Einrichtung von 1,0 Stelle für Baulückenaktivierung im Fachbereich Immobilienmanagement (FB 23)

Zudem nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2023 zur Kenntnis.

zu 5 Digitale Strategie für die Stadt Aachen

Vorlage: Dez. I/0006/WP18-1

Herr Dr. Kremer (Dez. V) führt aus, dass die Strategie, die den Mitgliedern des Ausschusses heute

PVA/17/WP18

Ausdruck vom: 27.01.2023

Seite: 14/20

vorliege, auf einen 1-jährigen Erarbeitungsprozess zurückgehe. Den Auftakt bildete eine entsprechende Veranstaltung unter externer Begleitung im Tivoli. Im Anschluss habe man sich mit den städtischen Fachkräften und Akteuren rund um die Themen Smart City auf den Weg gemacht und die Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Die Strategie erhebe keinesfalls einen Anspruch auf Perfektion. Jedoch könne man an dieser Stelle sagen, dass eine solide und richtungsweisende Grundlage geschaffen worden sei. Auf Basis dieser Grundlage beabsichtige man nun in den nächsten Monaten weitere Akteure der Stadtgesellschaft, wie Bürger*innen, Unternehmer*innen, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer usw. zu beteiligen, wenn die entsprechende Rückendeckung zu dieser Strategie aus diesem Ausschuss erfolge. Der Ausschuss für Wissenschaft und Digitalisierung habe die Digitalisierungsstrategie einstimmig beschlossen. Die Strategie setze sich insgesamt aus einem visionären und einem strategischen Teil zusammen. Bei dem konkreten Umsetzungsplan werde, wie einem Anhang der Strategie zu entnehmen, auch bereits ein konkreter Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Durch die vorgenommene Kategorisierung habe man haushalterisch dafür Sorge getragen, dass die Maßnahmen mit der Priorisierung 1 finanziell abgesichert seien und entsprechend auch umgesetzt werden könnten. Natürlich hinge ein Gelingen auch von personellen Kapazitäten usw. ab. Er hoffe, dass der Personal- und Verwaltungsausschuss der vorgenommenen Priorisierung, welche auch mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Digitalisierung abgestimmt sei, insgesamt folgen könne. Bei einer heutigen positiven Beschlussfassung stehe infolge die Beteiligung des Hauptausschusses und anschließend die Beteiligung des Rates der Stadt Aachen an. An dieser Stelle weise er auch darauf hin, dass dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Digitalisierung in Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung in Gänze eine stetige „Ausschärfung“ der einzelnen Fachsegmente wichtig sei. Es gehe um ein gemeinsames Weiterkommen und zugleich darum in diesem Themenfeld mehr Dynamik aufzunehmen.

Frau Becker (GRÜNE) spricht Herrn Dr. Kremer und den an diesem Themenfeld beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung ihren Dank aus. Ihre Fraktion werde der Empfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Digitalisierung zu diesem Thema folgen. Zudem habe sie die Gelegenheit gehabt, an einem interfraktionellen Gespräch vor Weihnachten teilzunehmen, zu welchem die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Digitalisierung und des Personal- und Verwaltungsausschusses gemeinsam geladen worden seien. Im Rahmen dieses Gesprächs habe sie positiv feststellen können, welche Dynamik dieses Thema im letzten ½ Jahr, auch im Zusammenspiel zwischen Politik und Verwaltung, aufgenommen habe. Viele Ideen und Anregungen aus der Politik seien noch aufgegriffen und in das Resultat, welches heute vorliege, eingearbeitet worden. Es handele sich hier um ein Zwischenergebnis. Man müsse nun gemeinsam weiter an diesen Zielen und Maßnahmen arbeiten, damit man nicht Gefahr laufe, von der Wirklichkeit bzw. den stattfindenden Entwicklungen überholt zu werden. Das vorliegende Strategiepapier sei jedoch ein gutes Arbeitspapier und gerade bei der Konzentration auf das Maßnahmenpapier sei es ein sehr guter Start, mit welchem man weiterarbeiten könne.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) legt dar, dass der Personal- und Verwaltungsausschuss der nachgelagerte Ausschuss sei und die Federführung im Ausschuss für Wissenschaft und Digitalisierung liege. Die Kolleg*innen hätten sich mit viel Sachverstand auch mit der Verwaltung mit diesem Thema auseinandergesetzt und dieses Thema entsprechend nach vorne gebracht. Ihr Dank gehe auch an Herrn

Dödtmann und die bisherige Abteilung Informations- und Kommunikationsmanagement (FB 11/400). Man sei bereits Vorreiter für viele andere Kommunen. Ihre Fraktion sehe die Notwendigkeit und auch das gut gemachte Gerüst dafür. Zudem freue man sich auf die Weiterentwicklung und werde entsprechend zustimmen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, das Strategiepapier „Digitale Strategie für die Stadt Aachen“ zu beschließen. Er empfiehlt, die Verwaltung zu beauftragen, die in der Digitalisierungsstrategie aufgeführten Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Förder- und Haushaltsmittel umzusetzen.

zu 6 Bildung des Fachbereichs Digitale Verwaltung und IT-Steuerung (FB 15)

Vorlage: FB 11/0105/WP18

Herr Dr. Kremer (Dez. V) führt aus, dass über den vorweg bereits behandelten Stellenplan 2023 die entsprechenden Stellen bereitgestellt werden würden, um einen solchen Fachbereich einrichten zu können. Dieser Fachbereich sei auch ein Herzstück der Strategie, da mit ihm das Ziel verfolgt werde, die gesamtstädtischen Digitalisierungsaktivitäten im Zuge einer zentralen Steuerung besser zu koordinieren und zu lenken. Hier setze man auf ein Zweisäulenmodell. Auf der einen Seite der FB 15 als zentrale Steuerungseinheit mit zentralem Budget und auf der anderen Seite die dezentrale fachliche Digitalisierungsexpertise der jeweiligen Organisationseinheiten. Insgesamt sei die Fachbereichsgründung auch verwaltungsorganisatorisch ein Kraftakt gewesen; folge jedoch der Komplexität des Gesamthemenfeldes. Zunächst gehe es nur darum, die neuen Stellen zu besetzen und sich entsprechend in der Verwaltung aufzustellen. Das Gelingen und der Erfolg des neuen Fachbereichs hingen maßgeblich von der Gewinnung der benötigten Fachkräfte ab.

Die zentrale Zuständigkeit des FB 15 beziehe sich jedoch nicht auf das Wirken der Eigenbetriebe. Es biete sich allerdings an, über den neuen Fachbereich einheitliche Standards zu prägen und die Eigenbetriebe entsprechend mitzunehmen. Es wäre daher schön, wenn die Mitglieder des Ausschusses über ihre Fachpolitik die Eigenbetriebe mit strategieorientierten Denkweisen unterstützen würden.

Ratsfrau Begolli (LINKE) führt aus, dass die Bildung dieses Fachbereichs, in welchem dann die Konzentration von Wissen, Können und Erfahrung zusammengeführt werde, sehr positiv sei. Letztendlich sei es schwer genug, in diesem Bereich kompetentes Personal zu gewinnen, da man in der Privatwirtschaft ein Vielfaches von dem bezahle, was in der öffentlichen Verwaltung bezahlt werde. Insgesamt sei es ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ratsfrau Parting (SPD) unterstreicht ebenso, dass dies genau der richtige Schritt in die richtige Richtung sei. Die Digitalisierung habe sich in den letzten Jahren so entwickelt, dass es eben so viel mehr sei als nur die Bereitstellung von IT. Entsprechend sei eine Zentralisierung an dieser Stelle absolut folgerichtig,

mit der Konsequenz, einen neuen digitalen Fachbereich zu gründen. Jedoch sei sie im Rahmen der Vorlage über die Funktion der Digitalen Fachagent*innen gestolpert; diese sei ihr so neu gewesen. Sie habe verstanden, dass dies ein Kompromiss sei. Jedoch habe sie hierauf einen kritischen Blick, da es ihr lieber gewesen wäre, die Aufgaben noch stärker zu zentralisieren. Man müsse nun schauen, was die nächsten Jahre brächten und lasse sich überraschen; vielleicht würde man eines Besseren belehrt, dass es doch gut funktioniere.

Ratsfrau Moselage (FDP) betont, es sei sehr bewundernswert, dass die Mitwirkenden, trotz zum Teil endloser Diskussionen, so lange durchgehalten hätten und gratuliert entsprechend, da dies nun doch gefruchtet habe. Digitalisierung habe einen herausgehobenen Stellenwert und jetzt werde durch die Bildung dieses Fachbereichs auch der Komplexität des Gesamtthemas Rechnung getragen. Dies sei sehr wichtig und vielleicht höre jetzt auch das Dilemma der Zuständigkeiten auf. Für diesen deutlichen Entwicklungsschritt des Vorgehens wünsche sie vor allem bei der Personalsuche für diesen Fachbereich viel Glück. Diese könne sich gegebenenfalls schwierig gestalten, da man sich in einem Pool bewegen müsse, der momentan „most wanted“ sei. Hier sei sie jedoch durchaus zuversichtlich, dass dies gelingen könne.

Herr Eickholt (GRÜNE) legt ausdrücklich dar, dass seine Fraktion die Bildung des Fachbereichs sehr begrüße. Die Verwaltungsvorlage sei sehr gut und er finde es schön, wenn es dann in der Verwaltung gelingen könne, die digitalen Kompetenzen zu bündeln. Bereits im interfraktionellen Gespräch habe er geäußert, dass er diese Aufgabe für eine „Mammutaufgabe“ halte, da es letztendlich darum gehe, in den einzelnen Fachbereichen zu schauen, wer gebe Kompetenz ab und wo bündle man Kompetenz. Aus seiner eigenen Berufserfahrung heraus habe er großen Respekt vor der Aufgabe der Fachbereichsleitung und er hoffe daher, dass man es trotz der jetzigen Lage im IT-Bereich schaffen werde, zumindest einen Teil der Stellen möglichst schnell zu besetzen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Neugründung des Fachbereichs Digitale Verwaltung und IT-Steuerung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die hierfür notwendigen Beschlüsse im Rahmen des Stellenplanverfahrens zu treffen.

zu 7 Förderung des Betriebssports bei der Stadt Aachen
Ratsantrag (Nr. 291/18) der Fraktionen GRÜNE, DIE ZUKUNFT und DIE LINKE vom
07.09.2022
Vorlage: FB 11/0116/WP18

Ratsherr Allemand (ZUKUNFT) begrüßt im Namen seiner Fraktion die wohlwollende Haltung der Verwaltung zu diesem gemeinsamen Antrag. Jedoch habe man sich einen unbürokratischeren Weg gewünscht. Die Berechnungen habe man nicht vollständig nachvollziehen können und entsprechend

nicht ganz verstanden. Daher ergehe die Bitte an die Verwaltung, die Ausführungen über diese Zeilen hinaus noch zu vertiefen.

Frau Spiegelberg (FB 11/200) führt erläuternd aus, dass die Zahlen im Rahmen dieses Antrags von ihr unter Einbeziehung des Fachbereichs Sport (FB 52) zusammengetragen worden seien. Tatsächlich sei es so, dass diese auf den Zahlen basierten, welche regelmäßig dem Betriebssportausschuss zur Verfügung gestellt würden und somit auch der Politik im Rahmen der jährlichen Genehmigung der Betriebskosten zur Verfügung stünden. Wenn darüber hinaus der Wunsch bestehe, detailliertere Fragen zur Ermittlung der Kosten stellen zu können, müssten jedoch die Fachkolleg*innen des Fachbereichs Sport zu Rate gezogen werden.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 8 Anonyme Mitarbeitendenbefragung zu Zufriedenheit und Arbeitsbelastung

Ratsantrag (Nr. 286/18) der Fraktion DIE Zukunft vom 24.08.2022

Vorlage: FB 11/0115/WP18

Ratsfrau Begolli (LINKE) kann gut nachvollziehen, dass ein Prozess von der ersten Idee bis zur Umsetzung 1 ½ Jahre dauere, da die Mitarbeitendenbefragung eine sehr sensible Angelegenheit sei und daher müssten selbstverständlich, auch zur Vermeidung von Missverständnissen, die Fragestellungen sehr gut überlegt sein. Zudem werde auch die Personalvertretung sehr darauf achten, dass aus den Antworten keine Informationen herausgezogen werden könnten, welche nicht für Führungskräfte bestimmt seien. Wenn jedoch die Vorbereitungszeit bis zum voraussichtlichen Start der Mitarbeitendenbefragung im Herbst 2023 bereits 1 ½ Jahre dauere, stelle sie die Frage in die Verwaltung hinein, welche Zeitschiene im Nachgang für die Auswertung und insbesondere auch für das Angehen der sich aus der Auswertung ergebenden Maßnahmen und infolgedessen zur politischen Unterrichtung vorgesehen sei.

Frau Spiegelberg (FB 11/200) berichtet, dass die Vorbereitung so viel Zeit in Anspruch nehme, da man sich im Vorfeld überlegen müsse, welche Bewertungskriterien den Ergebnissen zugrunde gelegt werden sollten. Aktuell bereite man gerade eine Vorlage für den Verwaltungsvorstand vor. Grundsätzlich gehe die Verwaltung davon aus, dass in den beiden Folgejahren auch die Umsetzung der Maßnahmen stattfinden werde. Die erste Idee sei, zukünftig alle drei Jahre eine entsprechende Befragung, auch zur Erlangung von Benchmarks, durchzuführen und in den Zwischenjahren die Zeit für die Umsetzung der sich daraus ergebenden Maßnahmen zu nutzen. Bei einer Befragung von über 6000 Beschäftigten könne sich gegebenenfalls eine größere Anzahl an Teilprojekten, welche selbstverständlich auch zur Unterstützung der Führungskräfte einer Priorisierung zugeführt werden müssten, ergeben. Auch dieses System müsse in der Vorbereitungszeit aufgebaut bzw. erarbeitet werden und daher sei generell eine gute und saubere Planung im Vorfeld sehr sinnvoll. Nach entsprechender Zustimmung durch den Verwaltungsvorstand müsse sodann eine Ausschreibung zur Auswahl eines geeigneten Anbieters für die externe Durchführung

durchgeführt werden. Die Verwaltung nehme an dieser Stelle die Unterstützung eines externen Instituts in Anspruch, um die notwendige Vertrauensbasis aller Mitarbeitenden durch Wahrung der Anonymität zu stärken.

Ratsherr Allemand (ZUKUNFT) begrüßt im Namen seiner Fraktion die Vorbereitungen zu dieser anonymen Mitarbeitendenbefragung. Man gehe natürlich davon aus, dass die Anonymität gewahrt bleibe und darauf geschaut werde, dass man nicht aufgrund gegebenenfalls negativer Fragestellungen entsprechende Antworten einem bestimmten Personenkreis zuordnen könne. Seine Fraktion erhoffe sich durch diese Befragung auch Informationen über strukturelle Defizite, wie beispielsweise zur Arbeitsbelastung der Verwaltung, um auf dieser Basis dann eine Verbesserung des Arbeitsumfeldes unterstützen zu können.

Ratsfrau Moselage (FDP) legt dar, dass die seinerzeit verabschiedete Strategie zur Personalgewinnung und -bindung schon ein Tool zur Mitarbeitendenbefragung enthalten habe und bereits zum damaligen Zeitpunkt sei dies als guter Ansatz mit Verweis auf Fortentwicklung gesehen worden. Aus diesem Grund sei ihre Fraktion auch sehr froh, dass die Verwaltung sich nun auf den Weg gemacht habe. Sie gehe davon aus, dass der externe Anbieter für die Auswertung der Befragung, welche sicherlich der schwierigste Teil sein werde, um dann auch zeitnah zur Umsetzung kommen zu können, sehr viel woman-/manpower benötigen werde. Die Politik müsse sich daher an dieser Stelle auf entsprechende Kosten einstellen. Abschließend bitte sie um Mitteilung des beabsichtigten Startzeitpunktes.

Frau Spiegelberg (FB 11/200) teilt mit, dass die Festlegung eines Startzeitpunktes erst nach einer entsprechenden Entscheidung des Verwaltungsvorstandes erfolgen könne. Die Verwaltung erhoffe sich jedoch, dass man im Herbst dieses Jahres mit der anonymen Mitarbeitendenbefragung beginnen könne und gegen Ende des Jahres erste Ergebnisse vorlägen. Detailliert ausgewertete Ergebnisse dauerten natürlich auch ein bisschen länger. Um sich mit anderen vergleichbaren Unternehmen benchmarken zu können, greife man auch auf ein gewisses Maß an standardisierten Fragen zurück. Sie gehe davon aus, dass für die Umsetzung aller Maßnahmen, für welche man ja auch internen Fachverstand und Begleitung brauche, mehr Zeit benötigt werde, als für die vorausgehende Auswertung. Abschließend betone sie nochmals, dass die Befragung selbstverständlich anonym sei. Es gebe diesbezüglich sehr klare Kriterien, Standards und wissenschaftliche Regeln, welche eingehalten würden. Hier sei man auch in einem guten Austausch mit der Personalvertretung und dem städtischen Datenschutzbeauftragten. Da es sich hier um eine erste gesamtstädtische Mitarbeitendenbefragung handle, könne sie zum Umsetzungszeitfenster der Maßnahmen keine konkreteren Zeitangaben machen. Dies hinge natürlich auch von den aufzugreifenden Themenfeldern ab.

Frau Becker (GRÜNE) begrüßt ebenfalls im Namen ihrer Fraktion die Durchführung einer anonymen Mitarbeitendenbefragung. Der Verwaltungsvorlage könne daher so gefolgt werden. Die Ergebnisse erwarte man mit Spannung. Weiterhin rege sie an, dass die Mitglieder des Ausschusses nach einer Befassung des Verwaltungsvorstandes mit diesem Themenfeld nochmals ein Update erhielten.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) sichert zu gegebener Zeit eine erneute Aufnahme des Tagesordnungspunktes zu.

Ratsherr Palm (AFD) betont, dass auch seine Fraktion die Befragung begrüße. Die Standardisierung der Fragen sei auch aus seiner Sicht selbstverständlich. Er würde sich persönlich wünschen, dass es ein offenes Feld für „persönliche Befindlichkeiten“ gebe, welche möglicherweise nicht durch den Fragenkatalog abgedeckt seien.

Ratsherr Lübben (GRÜNE) erläutert, dass er in den Ausführungen auch Hinweise auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz erwarte. Die*der Arbeitgeber*in sei verpflichtet, beispielsweise psychische Belastungen von Mitarbeitenden zu erfassen. Er denke, dass die Befragung dies miteisten könne und daher möchte er der Verwaltung mit auf den Weg geben, mit Blick auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz, 1 bis 2 arbeits- und gesundheitsschutzbezogene Fragen mit in den Fragenkatalog aufzunehmen und so im Rahmen dieser Befragung generell eine Verknüpfung zu diesem Themenfeld herzustellen.

Frau Spiegelberg (FB 11/200) schildert, dass es auf Empfehlung von Fachleuten nur in begrenztem Maß offene Fragefelder geben werde, da zum einen die Mitarbeitenden bei zu vielen offenen Fragen, die Lust zur Beantwortung verlören und zum anderen die Auswertung dieser Felder natürlich aufwendiger sei. Auch gebe es bereits ein städtisches Fachverfahren, für die Befragung der Beschäftigten zu psychischen Belastungen. Zukunftsorientiert sei jedoch im Rahmen dieser Befragung eine Verknüpfung zu diesem Themenfeld angedacht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schließt die Sitzung um 18:55 Uhr.

Annika Fohn
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin